

Wie lassen sich die Hitzeschäden beziffern?

Die Rekordtemperaturen in diesem Sommer haben bislang 36 Milliarden Euro an Kosten verursacht, erklärt Mauricio Vargas

Interview: Gitta Düperthal

Nach Greenpeace-Berechnung kostet dieser Extremsommer Deutschlands Volkswirtschaft sowie die Menschen durch Ernteaufälle, Waldbrände und Gesundheitskosten infolge von Hitze und Dürre mindestens 36 Milliarden Euro. Was wiegt am schwersten?

Bei geschätzt 25 Hitzetagen summieren sich hitzebedingte Produktivitätsverluste und -aufälle in der Arbeitswelt auf knapp elf Milliarden Euro. Das ist der größte gesellschaftliche Schaden, der stattfindet. Es geht nicht nur um den finanziellen, der durch Arbeitsaufälle und Krankmeldungen entsteht, sondern auch um das menschliche Leiden, das dahintersteht. Schließlich gibt es auch Todesfälle.

Das Robert-Koch-Institut schätzt, dass 14.000 Sterbefälle allein dieses Jahr in Deutschland auf die Hitze zurückzuführen sind. Ist das in Euro zu beziffern?

Ökonomisch kann man das auch als Schaden fassen. Die Frage, die dahintersteht, ist nicht: Was ist eine einzelne Person bereit zu tun, um das Leben ihrer Mutter entsprechend zu schützen? Sondern: Was ist die Gesellschaft bereit zu investieren, um das Überleben älterer Menschen in einer Hitzewelle zu sichern, und letztlich mit deren Hitzetod verbundenes Leid zu verhindern? Die gesundheitsökonomisch bewerteten Verluste haben wir mit 6,9 Milliarden Euro beziffert. Diese Summe müsste man für einen angemessenen Schutz zahlen.

Wie sind die Landwirtschaft und die Ernährung betroffen?

Während der Produktivitätsverlust sich eher langfristig auswirkt, sind Ernteaufälle und Waldbrände direkt zu merken. In der Landwirtschaft ist sofort sichtbar, dass durch die ausgedörrte Ernte Futtermittel für die Tiere knapp werden und hinzugekauft werden müssen. Durch vermehrte Belastungen entsteht ein Schaden von 3,4 Millionen Euro. Waldschäden etwa durch Trockenstress und Brände beziffern wir mit bis zu 7,5 Milliarden Euro. Das wirkt langfristig, etwa weil ausgetrocknete Bäume künftig auch schneller für Schädlinge anfällig sind. Als Folge der Dürreperiode von 2018 entstand so über drei Jahre ein Schaden von mehr als 17 Milliarden Euro.

Die wahren Schäden seien mutmaßlich noch größer, sagen Sie. Was ist damit gemeint?

Wenn beispielsweise bei Hitzewellen Holz verbrennt, geht damit Luftverschmutzung und Ozonbelastung einher – es gibt einen Biodiversitätsschaden. Das betrifft etwa das Naturschutzgebiet Hohes Venn an der Grenze zu Belgien. Solche Kosten haben wir nicht einberechnet.

Menschen sind von Extremtemperaturen unterschiedlich betroffen. Ist das eine Klassenfrage?

Es ergeben sich neue soziale Fragen. Die Kosten der Schäden treffen uns alle, gesundheitliche Schäden aber vor allem Menschen, [die sich am wenigsten vor Hitze schützen können](#). Und das hängt vom Geldbeutel ab. Finanziell klamme Kommunen können öffentliche Schulen kaum mit Hitzeschutz versehen, während private Einrichtungen eher in Klimaanlagen investieren. Mitarbeitende von Banken sitzen in klimatisierten Büros. Kurier bei Paketdienstleistern oder Arbeiter in Maschinenbauunternehmen, die keine gekühlten Produktionshallen bieten, haben schlechtere Bedingungen.

Die Regierung werde »alles tun, um den Klimawandel zurückzudrängen«, man müsse aber auch damit leben, sagte Kanzler Friedrich Merz am Montag. Hat er erfasst, in welcher Krisenlage wir uns befinden?

Wir wissen, dass die menschengemachte Klimakrise die Ursache für den Extremsommer ist. Das ist wissenschaftlich längst bewiesen, insofern ist diese Beschreibung eine Binse. Wir müssen ihn daran messen, wie er dies in politisches Handeln umsetzt. Bisher hat er wenig getan, um die Kommunen zu unterstützen, ihre Notlagen zu bewältigen. Sie sind es, die nun die Klimaschutzmaßnahmen organisieren müssen. Wir haben es mit einer verheerenden Naturkatastrophe zu tun, die mit Schäden in Höhe von fast 40 Milliarden Euro zu Buche schlägt. Zukünftig dürfte es schlimmer werden. Zu suggerieren, das könne man so einfach mal nebenher weiterlaufen lassen, ist absurd.

Die SPD will eine Grundgesetzänderung für Hitzeschutz und weitere Folgen des »Klimawandels« auf den Weg bringen. Die Union ist dagegen.

Man kann im Grundgesetz festschreiben, dass es eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Ob der Bund dieser dann auch gerecht wird, ist eine andere Frage.

Was muss die Regierung als dringlichste Maßnahme veranlassen?

Es muss wieder eine Vermögenssteuer für Milliardäre und die Vermögenden eingeführt werden, die ja Hauptverursacher der Krise sind. Mit den Einnahmen könnten die Kommunen Anpassungsleistungen für den Hitzeschutz finanzieren. Das muss die Bundesregierung gewährleisten.

An der Stelle fällt seitens der Regierenden meist das Argument: Reiche würden dann abwandern.

Die Schweiz erhebt beispielsweise höhere Steuern für Milliardäre und Multimillionäre. Ich habe noch nichts davon vernommen, dass die jetzt reihenweise ihre Koffer packen würden.

Mauricio Vargas ist Ökonom und Finanz- und Wirtschaftsexperte bei Greenpeace Deutschland.

<https://www.jungewelt.de/artikel/528647.klimakrise-wie-lassen-sich-die-hitzen-schaden-beziffern.html>